PRESSEINFORMATION

CDU FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

Christian Baldauf, MdL
Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

Redebeitrag zur
112. Plenarsitzung, Freitag, 30. Oktober 2020

Regierungserklärung der Ministerpräsidentin
„Die Kurve muss wieder abflachen“ (Corona-Pandemie)

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

30.10.2020

Anrede,

Zusammenhalt – dieses Wort hat für uns eine neue, eine andere Bedeutung erlangt. Wir halten zusammen, indem wir einander fernbleiben. Zusammenhalt bedeutet, auf Begegnungen, die nicht zwingend erforderlich sind, zu verzichten.

„Die Kurve muss wieder abflachen“. Dieses Ziel ist es, das Bundeskanzlerin Angela Merkel Deutschland vorgegeben hat. Eine Notbremsung - die Infektionsraten dürfen nicht außer Kontrolle geraten. Was die Bundesregierung gemeinsam mit den Länderchefs beschlossen hat – es trifft jeden von uns.

Ein schwieriger November steht an. Wieder fährt das öffentliche und das private Leben runter – und damit vieles, was für eine Gesellschaft gutes Leben ausmacht. Corona verbreitet sich dort, wo Menschen gerne zusammen sind. An die Stelle von Gemeinsamkeit treten deshalb

- soziale Distanz,
- Arbeits-, Kontaktverbote,
- Schutzvorkehrungen,
- und viele Sorgen.

Ich weiß, dass vorgestern Tränen geflossen sind.

- Bei alten Menschen, die Angst vor einer weiteren Zeit der Einsamkeit und der Isolation haben.
- Bei der Reinigungskraft im Hotel, das schließt.
- Bei Künstlern, die gestern Veranstaltungen absagen mussten.

Da sind im Moment in Deutschland viele Menschen, die sich ungerecht behandelt fühlen. Die nicht verstehen, warum Schulen und Kindergärten aufbleiben dürfen und Theater, Opern, Kinos oder Fitnessstudios dichtmachen müssen.

Vor allem bei Betreibern und Mitarbeitern von Restaurants, Cafés, Kneipen macht sich existentielle Angst breit. Viele fragen sich: „Wie soll ich das noch schaffen? Wir haben uns so viel Mühe gegeben. Hygieneregeln eingehalten, umgebaut, ein neues Belüftungssystem, Infrarotstrahler, Trennwände – und jetzt soll alles umsonst gewesen sein?“

Jeden Abgeordneten erreichen verzweifelte Mails. Und wir verstehen die Enttäuschungen. Gerade weil es um die wirtschaftliche Existenz, den Fortbestand des eigenen, manchmal über Generationen geführten Betriebes geht. Da hat man alle Kraft eingebracht – und dann wird zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres der Stecker gezogen.

Ja, manche Maßnahmen treffen die einen härter als die anderen. Manche Maßnahmen mögen auch widersprüchlich sein. Das ist schwer zu ertragen. Deshalb sind Überbrückungshilfen so wichtig. Deshalb ist es überlebensnotwendig, Beschränkungen und Umsatzeinbußen mit schnellen, finanziellen Hilfen abzufedern – um Arbeitsplätze zu retten.

Aber genauso klar ist: Wir werden in den nächsten Wochen mit diesen Einschränkungen fertig werden müssen. Denn wir stecken tief in der zweiten Pandemiewelle. Die Zeit zu Handeln – sie ist jetzt – und keine Woche später. Noch nie seit dem zweiten Weltkrieg war die Situation für Bürgerinnen und Bürger, für politische Entscheidungsträger, so herausfordernd wie heute. Orange, Rot, Dunkelrot – überall verfärbt sich die Landkarte.

Die Infektionszahlen gehen steil nach oben. Deshalb sind die Maßnahmen der Bundesregierung und der Länder notwendig. Notwendig, um Leben zu retten.

Natürlich diskutieren wir Entscheidungen – das ist wichtig und geboten, wir versuchen, Beschlüsse zu verbessern und machen Vorschläge für die nächsten Tage und Wochen, in denen wir die aktuellen Entwicklungen miteinbeziehen. Aber wir dürfen die beschlossenen Einschränkungen aus heutiger Sicht nicht in Frage stellen.

Anrede,

wir haben im Moment doch gar nicht die Zeit, bis ins letzte Detail ausbalancierte Strategien zu erarbeiten. Wir haben auch nicht das Wissen. Vielmehr stehen wir vor einem nationalen Kraftakt, für den es keine Blaupause gibt.

Nicht in der Politik.
Nicht in der Wissenschaft.
Nicht in der Wirtschaft.

Deshalb brauchen wir immer wieder Analysen, Erkenntnisse, Studien, Vergleiche mit anderen Ländern – auch das ist wichtiger Teil einer Bekämpfungsstrategie.

Anrede,

wir stehen in der Pflicht,

- den Kampf gegen Corona mit aller Kraft zu führen,
- den Kampf um die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger,
- um Sicherheit und um Arbeitsplätze,
- um die Bildung unserer Kinder und jungen Menschen, um ihre Chancen, um ihre Zukunft.

Die Dynamik des Infektionsgeschehens lässt uns keine andere Wahl. Die Zahl der Patienten, die intensivmedizinisch behandelt werden, hat sich binnen 10 Tagen verdoppelt.

Mediziner haben deshalb gestern eindringlich vor einer Überlastung der Kliniken gewarnt und zugleich die Beschlüsse von Mittwochabend begrüßt. Ginge die Dynamik so weiter, wäre die Intensivmedizin in wenigen Wochen überfordert. Das gilt es unter allen Umständen zu verhindern: Bilder von Sterbenden, die in Fluren liegen und nicht versorgt werden können.

Anrede,

dafür die harten Einschnitte.

Während wir hier in der Halle diskutieren, sterben Menschen an Corona. Tausende weltweit. Und wer immer noch meint, die Gefährlichkeit der Corona-Pandemie zu leugnen, sollte sich schämen!

Ich war und bin es immer noch, entsetzt über den Auftritt von AfD-Fraktionschef Alexander Gauland gestern im Bundestag. Er warf Angela Merkel eine Corona-Diktatur vor, den Menschen Angst zu machen. Gauland sprach von Kriegspropaganda und meinte, auch im Autoverkehr würden Menschen sterben.

Anrede,

das ist an Zynismus nicht zu überbieten. Das ist menschenverachtend!

Schon jetzt will die AfD abwägend in Kauf nehmen, Menschen sterben zu lassen, sie abzuschreiben, über Bord zu werfen. Das zeigt einmal mehr: Diese Partei ist eine Partei der Verantwortungslosigkeit – ohne Sensibilität für die Sorgen der Menschen, vor allem unserer älteren Mitbürger.

Anrede,

für die CDU-Fraktion ist die Verantwortung gegenüber jeder Rheinland-Pfälzerin, gegenüber jedem Rheinland-Pfälzer, jung wie alt, Maßstab unseres Handelns. Niemand hat sich diese Pandemie ausgesucht. Wir alle sitzen im selben Boot.

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin,

wir haben angeboten, mit Ihnen konstruktiv zusammenzuarbeiten, um die Pandemie zu bekämpfen.

Seit März haben wir zahlreiche Handlungsvorschläge und Ideen vorgelegt. Diese können so schlecht nicht gewesen sein – wie letztlich Ihr Handeln bestätigt. Denn viele unserer Initiativen wurden zwar zunächst abgelehnt, wenig später dann aber entweder ganz oder teilweise übernommen: Maskenpflicht, Pflegebonus, Vereinsunterstützung, Schulbusse, Lüftungskonzept – nur eine kleine Auswahl der CDU-Vorschläge, die nach Wochen anfänglichen Wartens von der Landesregierung umgesetzt wurden.

Aber heute geht es nicht darum zurückzuschauen, sondern Wege für die Zukunft aufzuzeigen. Gesund zu bleiben – das wird auf absehbare Zeit einer der Herzenswünsche eines jeden von uns sein. Für Familie, Freunde, sich selbst. Dafür muss die Politik, muss das Land die bestmöglichen Voraussetzungen schaffen.

Die Pandemie hat die Bedeutung der Gesundheitsämter neu ins Bewusstsein gerückt. Die Arbeitsbelastung hier ist enorm, Mitarbeiter an der Grenze dessen, was sie noch leisten können. Die Kapazitäten reichen nicht, wichtige andere Aufgaben neben Corona bleiben auf der Strecke.

Frau Ministerpräsidentin,

unterstützen Sie die Arbeit der Gesundheitsämter, stellen Sie umgehend viel mehr Personal bereit. Unsere Gesundheitsämter sind wichtige Schaltzentralen im Kampf gegen Corona. Lassen Sie die Mitarbeiter nicht im Stich!
Die Bundeskanzlerin und die Regierungschefs der Länder haben die Gesundheitsministerkonferenz beauftragt, einen Entwurf für einen „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ vorzulegen.

Aufgabe des Landes ist es, über dessen Umsetzung hinaus, der eigenen Verantwortung gerecht zu werden und die hausgemachten Probleme zu lösen.

Zur Sicherung auch der amtsärztlichen Versorgung und angesichts des Bewerbermangels gegenüber der Vielzahl der Kräfte, die demnächst in den Ruhestand gehen, müssen zusätzliche Medizinstudienplätze geschaffen werden.

Es ist ein Stipendienprogramm für Medizinstudierende aufzulegen, die sich verpflichten, nach Abschluss des Studiums eine amtsärztliche Tätigkeit insbesondere im ländlichen Raum aufzunehmen. Bayern geht hier voran.

Die Tätigkeit in den Gesundheitsämtern muss attraktiver und besser besoldet werden. Das Landesgesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst ist jetzt 25 Jahre alt. Es sollte gemeinsam mit den Gesundheitsämtern auf einen aktuellen Stand gebracht werden. Die Pandemie zeigt, wir brauchen hier neue Standards bei der Ausstattung und eine passgenaue Aktualisierung der Aufgabenbeschreibungen.

Die Eingliederung der Gesundheitsämter in die Kreisverwaltungen hat hohe Kosten verursacht. Diese müssen gedeckt werden. Die Kommunen leisten hier schon genug.

Anrede,

besonders liegen mir Kinder und Jugendliche am Herzen. Wir begrüßen ausdrücklich, dass die neuerlichen Einschränkungen nicht auf dem Rücken der Kinder ausgetragen werden. In den Beschlüssen steht wörtlich „Schulen und Kindergärten bleiben offen. Die Länder entscheiden über die erforderlichen Schutzmaßnahmen.“

Unser vordringlichstes Ziel ist, dass es zu keinen flächendeckenden Kita- oder Schulschließungen kommt und alle Kinder eine gleichberechtigte Chance auf Bildung haben. Das Konzept der CDU-Fraktion hierzu liegt seit dem 12. August 2020 vor.

Wenn Regelunterricht stattfinden soll und die Schulen und Kitas geöffnet bleiben, muss dringend der Gesundheitsschutz stimmen, der seit Monaten von der Landesregierung vernachlässigt wird. Lüften bis der Arzt kommt, kann keine Lösung sein; dafür aber die Ausstattung aller Schulen mit entsprechenden Luftreinigungsgeräten. Es gilt, Alternativen auszuloten. Etwa für hybriden Unterricht mit kleinen Präsenzgruppen, um das Infektionsrisiko weiter zu minimieren.

Gesundheitsämter haben noch immer unterschiedliche Regelungen für Quarantäne und Teststrategien. An ein und derselben Schule gelten aufgrund verschiedener Wohnorte für Schüler und Lehrer verschiedene Maßnahmen, was schlicht nicht nachvollziehbar ist.

Auch wenn die Situationen von Ort zu Ort unterschiedlich sein mögen, fordert die CDU-Fraktion klare und transparente Vorgaben, wann welche Maßnahmen greifen. Alles andere sorgt bei Lehrpersonal, bei Eltern, Schülerinnen und Schülern für Verwirrung.

Seit dem ersten Lockdown sind sieben Monate ins Land gegangen. In dieser Zeit haben Eltern, Lehrer, Verbände immer wieder die Unentschlossenheit von Bildungsministerin Hubig kritisiert.
Die CDU-Fraktion nimmt diese Sorgen sehr ernst. Wie soll der Unterricht in den nächsten Wochen ablaufen? Wie können Lehrer und Schüler pandemiesicher in den Klassenräumen arbeiten?

Unsere Schulen brauchen ein passgenaues Konzept für gesunde Luft, das aus einer Kombination von Lüften, CO2-Ampeln und Luftreinigungsgeräten besteht. Es reicht nicht, wenn das Bildungsministerium lediglich regelmäßiges Lüften empfiehlt. Warum teilt die Landesregierung den Schulleitern nicht endlich mit, welche Luftreinigungsgeräte besonders für den Einsatz an Schulen geeignet sind?

Es geht darum, Luftreiniger verschiedener Anbieter zu überprüfen, aber auch Möglichkeiten der Prävention durch CO2-Messgeräte. Die CDU-Fraktion steht für Planungssicherheit an Schulen. Unser Anspruch ist, die Schulträger und die Handelnden vor Ort nicht sich selbst zu überlassen.

Bildungsministerin Hubig,

lassen Sie die Schulen nicht schon wieder im Stich. Treffen Sie klare Entscheidungen.

Anrede,

eine weitere Großbaustelle ist der Lehrermangel.
Deutlicher denn je tritt durch Corona die angespannte Personalsituation an den rheinland-pfälzischen Schulen zutage. Wir brauchen mehr gut ausgebildete Lehrer. Denn schon vor Corona sind über 2,7 Millionen Stunden pro Schuljahr ausgefallen. Vor allem brauchen wir eine intensivere Nachwuchsgewinnung. Wir müssen die Referendare in der Corona-Zeit viel stärker in den Blick nehmen. Die schwierigen Bedingungen dürfen nicht zu Lasten des Ausbildungsniveaus und nicht zu Lasten der Chancen der Lehrer von morgen gehen.

Es ist absehbar, dass infolge von Infektionsentwicklungen in den kommenden Monaten wieder Präsenzunterricht und Homeschooling in vielen Orten parallel erteilt werden müssen. Hat schon bisher der Lehrermangel notwendige individuelle Fördermaßnahmen und Sprachförderung nicht in dem erforderlichen Maß ermöglicht, so verschärft sich diese Situation nun.

Wir wiederholen an dieser Stelle ausdrücklich unseren Vorschlag, eine personelle Lehrerreserve aufzubauen, einen landesweiten Personalpool. Wir müssen dringend mehr Lehrer einstellen, denn im Zuge der Bekämpfung der Pandemie brauchen wir sie dringender denn je mehr. Erst damit wird es überhaupt personell möglich sein, kleinere Klassen mit mehr Abstand einzurichten, um unter den gegebenen Umständen so viel Präsenzunterricht wie möglich anzubieten.

Seit Monaten fordern wir eine Digitaloffensive, um die notwendigen Voraussetzungen für Homeschooling zu schaffen. Geändert hat sich fast nichts. Nach wie vor fehlen eine landeseinheitliche und benutzerfreundliche Lernplattform und ausreichend Endgeräte für Schüler und Lehrer. Die Versäumnisse der Landesregierung gehen zulasten der Schülerinnen und Schüler im Land.

Ein weiterer, wichtiger Punkt sind die Schulbaurichtlinien. In ihrer jetzigen Ausgestaltung bremsen sie die Modernisierung. Die Verfahren sind zu langwierig. Deshalb sollten die Richtlinien umgehend flexibilisiert werden, damit Baumaßnahmen und Sanierungen in Schulen zügiger laufen. Die Richtlinien müssen zudem an Corona-Erfordernisse angepasst werden, z.B. bei Fenstern, Lüftungsanlagen; Heiztechnik.

Anrede,

die CDU-Fraktion hat die besseren Antworten für die Sicherstellung einer guten Bildung in Rheinland-Pfalz. Wir möchten mehr Planungssicherheit an den Schulen des Landes. Wir möchten, dass Corona nicht die Chancen einer ganzen Schülergeneration aufs Spiel setzt!

In vier Digitalpakten gab es viel Geld von Seiten des Bundes an das Land Rheinland-Pfalz. Das Bildungsministerium macht sich hier einen schlanken Fuß. Fast 300 Millionen Euro hat Berlin für Rheinland-Pfalz bereitgestellt, damit die Schulen bei uns im Land endlich mit Hardware und Software für Schüler und Lehrer ausgestattet werden.

Und das Land?

- 30 Millionen im Rahmen des Digitalpaktes
- 10 Millionen für Projekte wie „Medienkompetenz macht Schule“

Das war’s. Wir sprechen von 13 % im Vergleich zu 300 Millionen Euro Bundesmitteln für Rheinland-Pfalz. Wie schwach. Das reicht nicht! Schulpolitik ist eine Hoheitsaufgabe der Länder, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Viel zu wenig eigene Mittel gehen also in die digitale Ausstattung unserer Schulen. Das Land muss sich in viel höherem Maße als bislang an dem Ausbau der Digitalisierung an unseren Schulen beteiligen.

Gerade mal 3.000 Endgeräte für 41.000 Lehrerinnen und Lehrer im Land stehen bislang zur Verfügung. Und davon, Frau Ministerpräsidentin, dass in jede Schultasche ein digitales Endgerät gehört, sind wir so weit entfernt wie der 1. FC Kaiserslautern von der ersten Liga.

Es reicht nicht, sich auf Bundesgeldern auszuruhen, es müssen eigene Investitionen fließen. Vorbild muss hier Bayern sein, wo sehr viel eigenes Geld aus dem Landeshaushalt in die Hand genommen wird.

Und es bleibt dabei: Die Betreuung der Hard- und Software für den Unterrichtseinsatz ist keine Aufgabe des Schulträgers, sondern Aufgabe des Landes. Die CDU-Fraktion setzt sich dafür ein,

dass an den Schulen eigene Stellen für IT-Fachleute geschaffen werden. Diese sollen die digitale Technik betreuen und Lehrer von unterrichtsfremden Aufgaben entlasten.

Ohne Zweifel – Corona bringt uns einen Schub in der Digitalisierung. Damit sind Chancen verbunden, aber nur, wenn man Bildungspolitik richtig begreift! Alleine Mittel aus dem Digitalpakt zu verteilen, alleine schnellere Datenleitungen zu legen, alleine digitale Endgeräte zu beschaffen macht Schulen nicht zu digitalen Kompetenzzentren. Digitalisierung ist Mittel zum Zweck, aber kein Selbstzweck. Digitalisierung entlastet Lehrerinnen und Lehrer nicht, Lerninhalte auf anschauliche Weise zu vermitteln.
Digitalisierung entlastet Schüler nicht, Sprachen zu lernen. Digitalisierung entlastet das Kultusministerium nicht, Lehrpläne zu entwickeln, die das Ziel haben, eine solide Wissensbasis zu schaffen und fit machen für die Universität oder die Ausbildung.

Das fängt in der Grundschule an. Hier geht es darum, dass vermittelt wird, Lernen zu lernen, hier geht es darum, dass Lesen, Schreiben und Rechnen gelernt wird. Hier geht es darum, dass Interesse für Lesen geweckt wird. Hier geht es darum, Phantasie zu fördern. Hier geht es darum, die richtigen Grundlagen für den weiteren Bildungsweg und damit zur Schaffung von Chancen und Lebenszufriedenheit zu schaffen.

Auch wenn die Corona-Bekämpfung im Moment viele Kräfte bindet, entlastet dies uns nicht, diese wesentlichen Zukunftsanliegen in das Zentrum unseres Handelns zu stellen.

Anrede,

Kitas und Schulen, Bildungseinrichtungen, Handel, Handwerk und Dienstleistungen diese Bereiche können unter strengen Auflagen offenbleiben – hier geht das Leben weiter, wo immer möglich. Andere – ich habe es eben bereits ausgeführt - trifft es in diesem November härter. Wir als CDU sagen eindeutig: Wenn der Staat Schließungen verordnet, müssen die Betroffenen entschädigt werden.

Deshalb begrüßen wir die angekündigten Hilfen der Bundesregierung, bis zu 75% der Umsatzeinbußen im Vergleich zum November 2019 zu kompensieren. Dieser enorme Kraftakt kann nur gelingen, wenn alle staatlichen Ebenen sich daran beteiligen.

Wenn es zur Ergänzung der Hilfen notwendig sein sollte, fordern wir die Landesregierung dazu auf – anders als beim ersten Lockdown – in signifikantem Maße Landesmittel zur Unterstützung

der Betriebe beizusteuern. Damals erklärte die Landesregierung, sie halte das „Pulver für den Herbst trocken“. Jetzt ist es an der Zeit, dies einzulösen.

Neben der Ausgestaltung der Hilfen kommt es vor allem darauf an, diese zeitnah an die betreffenden Unternehmen auszuzahlen. Eine Situation wie im Mai, als Rheinland-Pfalz Schlusslicht der Bundesländer bei den Auszahlungen der Soforthilfe war, darf sich nicht wiederholen! Sonst ist das wichtige Vertrauen der Unternehmerinnen und Unternehmer verspielt.

Die Abwicklung der Hilfen wird jetzt erneut über die Länder organisiert. Die Landesregierung muss deshalb schon jetzt die notwendigen Vorkehrungen dafür treffen.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer,

legen Sie dem Parlament innerhalb der nächsten Woche einen Plan vor, wie Gelder schnell und unbürokratisch ausgezahlt werden können. Eine DIN A4-Seite sollte dafür reichen! Und beziehen Sie die Finanzämter mit ein, so wie dies auch in der Vergangenheit das ein oder andere Mal erfolgreich praktiziert wurde.

Anrede,

Herr Minister Wissing, Ihnen kommt in dieser Krisenzeit eine besondere Rolle zu. Sie sind der Mann, der zuvorderst für die Wirtschaft in unserem Bundesland verantwortlich ist. In erster Linie bemühen Sie sich aber derzeit vor allem als Generalsekretär darum, öffentlich für die Bundes-Liberalen wahrgenommen zu werden.

Haben Sie gestern Ihren Chef, Herrn Lindner, beraten, als er im Bundestag die Corona-Beschlüsse als völlig unverhältnismäßig kritisierte, dabei das Bild einer deformierten Demokratie zeichnete und einer Kanzlerin, die am Parlament vorbeiregiere? Das ist zu vermuten, schließlich haben Sie dem Radiosender hr-info ein ähnliches Interview gegeben.

- Sie haben die Corona-Entscheidungen von Bundesregierung und der Ministerpräsidenten kritisiert und sind auf Distanz gegangen.
- Von einem Ritt auf Messers Schneide haben Sie gesprochen.
- Die Corona-Politik sei sehr schwer mit Fakten zu erläutern.
- Es finde ein Experiment zu Lasten der Leute statt.

Mal ganz ehrlich - ist das Ihr Ernst? Damit stellen Sie sich nicht nur gegen Ihre eigene Ministerpräsidentin und fallen Ihrer eigenen Landesregierung in den Rücken. Sie gefährden die Akzeptanz der Corona-Schutzmaßnahmen in Deutschland! Herr Wissing, ist das die Rolle, die Sie für die Bundes-Liberalen sehen? Welche Profilierung betreiben Sie denn da?

Frau Ministerpräsidentin Dreyer,

wie arbeitet es sich mit einem Stellvertreter zusammen, dessen Partei gemeinsam mit der AfD am 18. Juni im Deutschen Bundestag die Aufhebung der Feststellung einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite gefordert hat?

Die FDP des Dr. Wissing wollte die Corona-Pandemie für beendet erklären.
Anrede,

was für eine Fehleinschätzung! Welch ein kruder Vorschlag! Das ist billigster Corona-Populismus! Ich bin tief enttäuscht von Ihnen und Ihrer Partei.

Man kann es auf eine einfache Gleichung bringen: In Mainz trägt Wirtschaftsminister Dr. Wissing den Kurs der Landesregierung mit. In Berlin schämt sich Generalsekretär Dr. Wissing für das, was die von ihm getragene Landesregierung entschieden hat.

Auf Bundesebene fordern Sie, das Parlament in die Entscheidungen der Regierung besser einzubinden. In Rheinland-Pfalz versagen Sie als stellvertretender Ministerpräsident genau dies letztlich dem Parlament! Die Corona-Bekämpfungsverordnungen haben Sie als Landesregierung alleine verfasst und dekretiert. Wir hatten das mal schnell zur Kenntnis zu nehmen. Die Meinung des Parlaments, der Opposition, war Ihnen egal.

Herr Dr. Wissing,

ist das die Art von Parlamentsbeteiligung, die Sie sich für Berlin vorstellen? Worin liegt der Unterschied zwischen Bundes- und Landesebene?

Lassen Sie mich einen bemerkenswerten Tweet von Ihnen zitieren: „Wenn es einige bereits überfordert, dass die FDP eine Parlamentsbeteiligung und bessere Kommunikation der Regierung einfordert, zeigt das, wie wenig gefestigte Grundprinzipien bei diesen sind und wie groß die Bereitschaft ist, die Demokratie und Freiheit zu opfern."

Wie fest sind denn diese Grundprinzipien bei Ihnen, Herr Minister Wissing? Für welche Parlamentsbeteiligung haben Sie sich denn hier in diesem Hause stark gemacht? Haben Sie sich dafür eingesetzt, das Parlament, die Opposition, in Entscheidungen über das Pandemie-Management einzubinden? In Tweets halten Sie hehre Prinzipien hoch – in der Praxis heißt für Sie „Beteiligung": Landtag, nimm zur Kenntnis, was ich auftische.
Sehr geehrte Ministerpräsidentin Dreyer,

wir haben Ihnen im März unsere Mithilfe angeboten. Sie sind nicht darauf eingegangen. Das ist die Realität – nicht die Schönzeichnung in Ihrer Rede eben. Sie haben uns eben nicht regelmäßig und umfassend beteiligt. Frau Ministerpräsidentin, erkennen Sie den Ernst der Lage. Die CDU-Fraktion stellt sich ihrer Verantwortung.

Anrede,

genau wie im März geht es in diesem November um breite Solidarität und Gemeinsinn, darum, aufeinander achtzugeben.

Unseren Bürgerinnen und Bürgern wird viel zugemutet. Ich danke deshalb allen, die sich an die notwendigen Einschränkungen halten und so durch eigenen Verzicht anderen Menschen helfen, denen, die in dieser fordernden Pandemie-Situation aufgrund ihres Alters oder wegen Vorerkrankungen auf die Solidarität der Gesellschaft angewiesen sind.

Kontaktbeschränkungen jetzt ermöglichen uns hoffentlich schnellere Freiheit. So gelingt es, das Gefühl der Bedrohung zu überwinden. Denn Angst belastet. Deshalb brauchen wir Zuversicht. Denn Zuversicht gibt uns Widerstandskraft – nicht nur für unsere Gesundheit, sondern auch für unsere Seele. Gemeinsam werden wir diese Krise meistern.